

# Wir brauchen mehr Polizei und Sicherheit

Die am 10. März 2025 veröffentlichte Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) im Land Bremen zeigt, dass die Zahlen gegenüber dem Vorjahr gestiegen sind und die Aufklärungsquote gesunken ist. Die gesunkene Aufklärungsquote zeigt, wie wenig wir noch wirklich ermitteln können, weil die Masse an Arbeit uns überfordert. Die Situation ist ernst.

## Nils Winter

Insbesondere die Anzahl von Sexual- und Gewaltdelikten ist weiterhin auf einem hohen Stand, und Eigentumsdelikte wie Diebstahl und Betrug sind deutlich gestiegen. Die Arbeitsbelastung für Polizeibeschäftigte in unseren Städten Bremen und Bremerhaven ist nachweislich gewaltig. Knappe Personalressourcen bei wachsender Kriminalität, eine sehr langsam anlaufende Digitalisierung und die zwingend erforderlichen Befugnisse für die Ermittlungsarbeit machen den Handlungsbedarf bei der Polizei deutlich.

Was uns weiter Sorge macht, sind die erneut stark angestiegenen Messerangriffe von 391 erfassten Fällen im Jahr 2023 auf 495 Fälle im letzten Jahr.

Die Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamte stagniert weiterhin auf einem hohen Niveau, und die Gewalt gegen Rettungskräfte ist in Bremerhaven und in Bremen gestiegen.

Hier ist dringender Handlungsbedarf im Bereich der Gesetzgebung und der Bildung gefordert.

Was in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) am 10. März 2025 nicht erfasst wurde, sind unter anderem Staatsschutzdelikte. Aufgrund der weltweiten Krisen, die sich immer weiter zuspitzen, darf nicht unerwähnt bleiben, welche Arbeitsbelastung durch den steigenden Terrorismus, Links- und Rechtsextremismus auf den Sicherheitsbehörden lastet.

Alle Beschäftigten in der Polizei Bremen und in der Ortspolizeibehörde Bremerhaven gehen über ihre Belastungsgrenzen hinaus, um für die Bürger:innen in unseren Städten Sicherheit zu garantieren. Sie leisten eine sehr gute und professionelle Arbeit.



## Respekt vor dieser Leistung

Die Herausforderungen, mit denen die Polizei konfrontiert ist, sind vielfältig: knappe Personalressourcen, langsame Digitalisierung und der Bedarf an erweiterten Befugnissen, unter anderem die Vorratsdatenspeicherung für die Ermittlungsarbeit. Die Sicherheitsbehörden benötigen mehr finanzielle Mittel für die innere Sicherheit.

Am 12. März 2025 hat der Bundesvorstand in Saarbrücken auf seiner Bundesvorstandssitzung auf die aktuelle Sicherheitslage in Deutschland und in Europa mit der sogenannten „Saarbrücker Erklärung“ reagiert.

Politische Umbrüche, Extremismus, Kriminalität und eine misslungene Migrationspolitik stellen Polizei und Sicherheitsbehörden vor große Herausforderungen.

Die Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland hat hohe Erwartungen an uns Polizeibeschäftigte und wünscht sich mehr Sicherheit.



Fotos: GdP Bremen (3)

Nils Winter

Als Gewerkschaft der Polizei (GdP) sehen wir die dringende Notwendigkeit einer neuen umfassenden Sicherheitsstrategie, die die Sicherheit in ganz Deutschland und deren Finanzierung neu denkt, bekannte Probleme löst und zugleich die Arbeitsbedingungen der Menschen in den Sicherheitsbehörden verbessert.

Der Bundesvorstand der Gewerkschaft der Polizei fordert:

- Verbesserung der Arbeitsbedingungen: Ausstattung, Arbeitszeit, Arbeitsort und Fortbildung,
- mehr Personal und Möglichkeiten für Einstellungen von Spezialisten und Quereinsteigern,
- ein Sondervermögen für bundeseinheitliche qualitative Standards der Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern,
- weiterhin bürgernahe Polizeiarbeit trotz notwendiger Aufrüstung,
- Erweiterung von Befugnissen für Sicherheit im virtuellen Raum und weniger Datenschutzhemmnisse,
- schnellere Anklagen durch effektive priorisierte Ermittlungsarbeit,
- den Einsatz von KI in Sicherheitsbehörden,
- höhere Risikozulagen und bessere Familienabsicherung,
- Aufgabenkritik für die derzeitigen Aufgaben in den Sicherheitsbehörden. ■





# Fachgruppe Bereitschaftspolizei bei der Direktionsleitung Einsatz

Nach dem Treffen mit der Abteilungsleitung Bereitschaftspolizei/Besondere Einsatzanlässe traf sich die Fachgruppe Bereitschaftspolizei zum erneuten Austausch mit der Direktionsleitung Einsatz.

**Christian Buck**

Die Direktionsleiterin Andrea Wittrock stellte sich den zahlreichen Fragen, welche aktuell in den Referaten der Bereitschaftspolizei gestellt werden.

Themen waren u. a. die historisch hohen Einsatzzahlen und entsprechenden Maßnahmen aus besonderem Anlass, die im deutlichen Widerspruch zu der mittlerweile beängstigend dünnen Personaldecke stehen.

Noch nicht umgesetzte Fachkarrieremöglichkeiten sorgen – neben einer immer mehr geforderten Flexibilität – zu erheblicher Unzufriedenheit bei den Kolleginnen und Kollegen.

Zu den Stärken der Einsatzzüge teilte die Direktionsleiterin mit, dass mit dem Personalaufwuchs in den nächsten Jahren auch die Mindeststärke sukzessive erhöht werden solle. Ob dies bereits zum 1. Oktober 2025 möglich sei, könne aktuell noch nicht abgesehen werden.

Bei der Technischen Einsatzereinheit (TEE) sollen sämtliche Personalabgänge eins zu eins ersetzt werden.

Die FG Bereitschaftspolizei stellt fest, dass die aktuelle Personalstärke der TEE – wie auch bei anderen Referaten der Bereitschaftspolizei – deutlich unter der vertraglich mit dem Bund festgelegten Stärke liegt. Auch hier muss ein signifikanter Stärkeaufwuchs und das Halten von Einsatzerfahrung und fachlichen Kompetenzen das Ziel sein, um die spezialisierte Einsatzfähigkeit der TEE aufrechterhalten zu können. Hinsichtlich der Unterstützung des TI-Prozesses durch die Einsatzzüge und TEE deutete

Andrea Wittrock an, die Bereitschaftspolizei zukünftig von dieser Aufgabe entlastet zu wollen.

Zum Thema Fachkarriere in der Bereitschaftspolizei konnte mitgeteilt werden, dass die Bewertung weiterer Funktionsstellen in den Einsatzzügen in Kürze erfolgen werde, um anschließend die Stellen einzu-

ständige Dienstplanänderungen und die dabei geforderte hohe Flexibilität in der Bereitschaftspolizei finden offensichtlich keine Anerkennung seitens der politisch Verantwortlichen. Eine Anerkennung in Form einer Flexibilitätszulage oder eines Stundenausgleichs ist überfällig. Die Direktionsleiterin steht wie auch die Abteilungsleitung einer Zulage offen gegenüber. Die Fachgruppe Bereitschaftspolizei befindet sich hinsichtlich der Umsetzungsmöglichkeiten in weiteren Gesprächen.

Weitere Gesprächspunkte waren u. a. die Taskforce, die Personalstärke und die Einzelbesetzung des Objektschutzes, die rechtlich eingeschränkten Einsatzmöglichkeiten der Drohne und die Sicherheitstechnik an den Dienststellen. Die Fachgruppe Bereitschaftspolizei bedankt sich bei An-



Die Direktionsleiterin Andrea Wittrock (Bildmitte) mit Mitgliedern der Fachgruppe Bereitschaftspolizei

richten und auszuschreiben. Neben den zur Ausschreibung anstehenden SBL-AV-Stellen sollen diese Funktionsstellen (SB Rettungssanitäter:in und SB BAT) die fachliche Kompetenz und Erfahrung in der Bereitschaftspolizei halten und eine Entwicklungsmöglichkeit für die Kolleginnen und Kollegen bieten.

Andrea Wittrock für das informative Gespräch und freut sich auf den weiteren Austausch im Rahmen des Fachgruppenseminars in Tossens vom 2. bis 4. Juni 2025, zu dem alle Mitglieder der Fachgruppe herzlich eingeladen sind (Anmeldung über die Geschäftsstelle). ■



## Redaktionsschluss

Redaktionsschluss für die Juni-Ausgabe 2025, Landesjournal Bremen, ist der 29. April 2025.  
Artikel bitte mailen an: [klossi@onlinehome.de](mailto:klossi@onlinehome.de)

# Was macht die Rechtsschutzkommission der GdP?

Wer schon einmal einen Rechtsschutzfall hatte, weiß wahrscheinlich, dass es eine Rechtsschutzkommission gibt. Was ist ihre Aufgabe? Sie entscheidet über die Rechtsschutzgewährung, wenn ein Mitglied einen Rechtsschutzantrag stellt oder ein Rechtsanwalt/eine Rechtsanwältin wegen Kostendeckung für ein Mitglied nachfragt.

### Dr. Claudia Albrecht-Sautter

Gewerkschaftssekretärin

Die Kommission hat zehn ehrenamtliche Mitglieder, die aus verschiedenen Fachgruppen bzw. der Kreisgruppe entsendet wurden. Sie tagt etwa alle drei Wochen und prüft in jedem Fall, ob die Voraussetzungen für die Rechtsschutzgewährung nach der Rechtsschutzordnung der GdP vorliegen.

Ein wichtiges Kriterium ist hierbei, dass ein dienstlicher Zusammenhang vorhanden sein muss. Fehlt es daran, ist das ein Fall für die private Rechtsschutzversicherung. Aufgabe der Kommission ist auch zu prüfen, ob das angestrebte Verfahren hinreichende Aussicht auf Erfolg verspricht. Denn für Verfahren, bei denen es an der hinreichenden Aussicht auf Erfolg fehlt, sollen keine Mitgliedsbeiträge aufgewendet werden.

Grundsätzlich muss Rechtsschutz beantragt werden, bevor ein Rechtsanwalt/eine Rechtsanwältin beauftragt wird. Wird Rechtsschutz für ein

rechtliches Vorgehen gewährt, bedeutet dies, dass sowohl Anwalts- als auch Gerichtskosten von der GdP getragen werden.

Immer wieder haben wir auch die Situation, dass Nichtmitglieder nachfragen, ob sie Rechtsschutz für ein Verfahren erhalten, wenn sie jetzt in die GdP eintreten. Die Antwort ist: NEIN. Für vor Beginn der Mitgliedschaft liegende Ursachen, die Anlass zu Rechtsschutzanträgen geben, kann grundsätzlich keine Rechtsschutzgewährung erfolgen. Ein Appell an alle Nichtmitglieder: **Werdet GdP-Mitglied, damit ihr bei Bedarf den Rechtsschutz der GdP in Anspruch nehmen könnt!** ■

**Für Fragen zur Rechtsberatung oder zum Rechtsschutz stehe ich gerne zur Verfügung.**  
Mail: [claudia.albrecht-sautter@gdp.de](mailto:claudia.albrecht-sautter@gdp.de)  
Telefon: (0421) 949585-2



Die Sitzungsteilnehmer:innen

## Sitzung des Beirats der GdP Bremen

Am 28. März fand in der Baumwollbörse die Beiratssitzung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) – Landesbezirk Bremen – statt.

### Heinfried Keithahn

Im Mittelpunkt der Sitzung standen der gewerkschaftliche Situationsbericht, die Haushaltsplanung, die Vorbereitung des Landesdelegiertentages 2026 sowie Berichte aus den verschiedenen Bereichen.

Nils Winter informierte über die aktuelle Lage der Gewerkschaftsarbeit im Landesbezirk Bremen. Themen waren unter anderem die laufenden Tarifverhandlungen, die Herausforderungen durch den Personalmangel sowie durch fehlende gesetzliche Regelungen für die Polizeiarbeit, aber auch die positive Mitgliederentwicklung der GdP Bremen.

Christian Buck stellte die Finanzlage des Landesbezirks vor und präsentierte den Haushaltsplan für das kommende Jahr. Der Haushalt wurde nach ausführlicher Erörterung einstimmig genehmigt.

Ein wesentlicher Punkt der Sitzung war die Vorbereitung des Landesdelegiertentages 2026. Es wurden organisatorische Rahmenbedingungen wie Termine und Veranstaltungsort besprochen, aber auch erste inhaltliche Themen kamen nicht zu kurz.

Die Beiratssitzung war geprägt von konstruktiven Diskussionen und einer positiven Arbeitsatmosphäre. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einigten sich auf konkrete Maßnahmen zur weiteren Stärkung der Gewerkschaftsarbeit und bereiteten wichtige Entscheidungen für die kommenden Jahre vor. ■



# Tossens, 24. bis 26. März 2025

Aktiv in der Seniorengruppe der GdP und schöne Stunden am Budjadinger Deich. Nach drei Tagen waren sich alle einig darüber, dass dieses Seminar überaus informativ und inhaltlich sehr ansprechend war.

**Harry Kuck**

Das übergeordnete Thema war auch bei dieser Veranstaltung **„Die Gewerkschaft in der Gesellschaft“**.

Unsere Seniorengruppe mischt sich ein und hat einen offenen Blick für aktuelle Themen.

Im Vorfeld der Bundestagswahl hatten wir Vertreter der Parteien mit Fraktionsstatus zu uns eingeladen. Darüber haben wir schon ausführlich berichtet.

Welche Auswirkung diese Wahl auf die weitere Entwicklung hat, bleibt abzuwarten.

Die aktuellen und zukünftigen Tarifverhandlungen werden Ergebnisse bringen, die Auswirkungen auf den beamteten Bereich und auf die Versorgungsempfänger haben werden.

Auch wenn es derzeit schwierig ist, eine vernünftige Gesprächsbasis mit der Bremer Regierung zu finden, bleiben wir hartnäckig.

Ein Abspeisen mit den Worten „Wir haben kein Geld“ ist absolut nicht ausreichend.

Um unser Sprachrohr noch weiter zu verbessern, beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe des DGB (wir sind dabei) mit einem Entwurf „Seniorenmitwirkungsgesetz“ für Bremen.

In vielen Ländern sind Mitwirkungsgesetze schon in Kraft. Auch an dieser Stelle tut sich Bremen schwer.

Ein kurzer Abriss über die aktuellen gewerkschaftlichen Aktivitäten schaffte so gleich einen Einstieg zum Thema Vertrauensleute.

Zu den Vertrauensleuten, auch im Bereich der Senioren, mit einer besonderen Aufgabenstellung, hatten wir uns schon im vergangenen Jahr positioniert.

Über die Anzahl von VL, Aufgaben, Möglichkeiten, Schulungen etc. haben wir dann in drei Arbeitsgruppen Ergebnisse zusammengetragen.

Noch in diesem Jahr findet die nächste **Landesseniorenkonferenz** statt.

Ein weiterer Themenschwerpunkt war deshalb auch eine Betrachtung der Anträge aus dem Jahre 2021.

Was ist inzwischen erledigt, welche Anträge müssen noch bearbeitet werden oder in anderer Form neu aufgegriffen werden.



Heinfried Keithahn und Nils Winter

Fotos: GdP/Bremen (3)

Wir haben darüber gesprochen, welche Anträge die Seniorengruppe 2025 einbringen soll.

Auch an dieser Stelle sind wir einen Schritt weitergekommen und haben gute Ideen der Arbeitsgruppen einarbeiten können.

Auf dem nächsten Fachgruppenseminar der Seniorengruppe im Mai werden wir diese Themenfelder ebenfalls bearbeiten, so dass wir dann ein sehr gutes Ergebnis aus zwei Veranstaltungen vorlegen können.

Zur Abrundung vieler Themen besuchte uns noch der Landesvorsitzende Nils Winter und gab einen umfangreichen gewerkschaftlichen Situationsbericht ab.

**Macht mit und bringt euch ein. ■**



Gut gelaunte Seminarteilnehmer:innen



Heinfried Keithahn  
und Edgar Krain



Edgar und  
seine Partnerin



## 90. Geburtstag von Edgar Krain

Aus Anlass des besonderen Geburtstages hatte Edgar auch ein besonderes Outfit gewählt. Als Sammler von Uniformen und Uniformteilen hatte er die blaue Uniformjacke aus vergangenen Zeiten angezogen.

### Harry Kuck

**W**ir hatten das Vergnügen, Edgar am 3. März 2025, seinem 90. Geburtstag, zu besuchen. Er begrüßte uns zusammen mit seiner Partnerin gut gelaunt in seinem Haus in Uphusen.

An diesem besonderen Tag erhielt er auch noch die Ehrenurkunde der Stadt Achim, die ihm durch den amtierenden Bürgermeister Rainer Ditzfeld übergeben wurde.

Mit 90 hat man naturgemäß einiges erlebt und an besondere Ereignisse erinnert man sich auch besonders intensiv.

Edgar hat ursprünglich einmal ein Handwerk erlernt. Bevor er zur Polizei kam, hat er als Tischler gearbeitet. Er erzählte uns, dass diese Fähigkeiten beim eigenen Hausbau natürlich von Nutzen waren.

Eine Reihe von interessanten polizeilichen Geschichten wusste Edgar zu berichten. Gegenüber dem Bürgermeister machte er deutlich, dass ein Aufstieg in der Polizei eine Vielzahl von Lehrgängen nach sich zog.

Rückblickend waren es schöne Jahre bei der Bremer Polizei. Aber auch im Ruhestand gibt es Dinge, die viel Spaß machen.

Seit Jahrzehnten verbringt er im Sommer viel Zeit am Steller See, wo er einen festen Stellplatz hat.

„Da lassen wir uns trotz ein paar gesundheitlichen Einschränkungen nicht von abhalten“, so seine Aussage.

**Wir wünschen ihm zusammen mit seiner Familie noch eine schöne Zeit. ■**



Foto: GdP Bremen (3)

Edgar Krain im festlichen Outfit

## Fachgruppenseminar Verwaltungspolizei hat noch freie Plätze

Für das Fachgruppenseminar Verwaltungspolizei vom 26. bis 28. Mai 2025 in Tossens sind noch wenige Restplätze verfügbar.

### Denis Geger

**M**it dem GdP-Landesvorsitzenden Nils Winter und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Mustafa Güngör erwartet die Teilnehmenden ein spannendes Programm.

„Wir freuen uns, dass wir wieder Teilnehmende aus vielen Bereichen der Bremischen Verwaltung an der Nordsee begrüßen dürfen“, freut sich der Fachgruppenvorsitzende Denis Geger.

Im Fokus stehen in diesem Jahr die anstehenden Tarifverhandlungen im TV-L und die Zukunft der Bremischen Verwaltung.

„Mit Winter und Güngör haben wir da sehr interessante Gäste, mit denen wir natürlich auch über die aktuellen Missstände in der Verwaltung sprechen wollen“, blickt Geger auf das Seminar voraus.

Natürlich werden auch der Austausch untereinander und das Netzwerken nicht zu kurz kommen. ■



Foto: Pixabay



Foto: Kompetenzzentrum für Deradikalisierung und Extremismusprävention im Land Bremen

# Extremismusprävention in Bremen am Beispiel KODEX

**(Kompetenzzentrum für Deradikalisierung und Extremismusprävention im Land Bremen)**

Extremismus, Terror und Anschlagsgefahr sind längst auch in Deutschland gegenwärtig. Jedes Jahr müssen wir über neue schreckliche Attentate lesen, die Herausforderungen für Gesellschaft und die staatlichen Institutionen – dabei natürlich vorneweg die Polizei – sind immens und sie dürften nach Einschätzung der neuesten wissenschaftlichen Studien eher künftig noch steigen als zurückgehen.

**Egbert Degwitz**

Natürlich verfolgt die Polizei jede Straftat und ebenfalls wird von den Sicherheitsbehörden jede mögliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit möglichst frühzeitig detektiert und entschärft. Aber wie schaffen wir es, Radikalität und Extremismus möglichst gar nicht erst entstehen zu lassen oder, wenn vorhanden, zumindest die Anfänge zu erkennen und zu bekämpfen?

Extremismusprävention wird heute als gesamtgesellschaftliche Aufgabe gesehen, nicht die Polizei, das Jugendamt, Bildungseinrichtungen oder die Justiz werden die Herausforderungen jeweils allein meistern können. Alle Akteure im Feld der Extremismusbekämpfung müssen eng zusammenarbeiten und ihre möglichen Maßnahmen koordinieren. KODEX übernimmt für das Land Bremen diese koordinierende Funktion.

In Bremen beschäftigen sich verschiedene Institutionen mit Extremismusprävention, für den Bereich der sogenannten Tertiärprävention – gemeint sind gefährliche Menschen, bei denen die Polizei davon ausgeht, dass sie ein Attentat planen – ist das Kompetenzzentrum für Deradikalisierung und Extremismusprävention im Land Bremen (kurz KODEX) seit 2018 zuständig. KODEX ist bei der Dienststelle des Senators für Inneres und

Sport im Referat 31 angesiedelt. Entstanden ist KODEX aus einem Senatsbeschluss mit der Zielvorgabe, im Land Bremen als Koordinierungsstelle für Extremismusprävention nach außen – also zum Bund und anderen Bundesländern – und nach innen in Richtung der behördlichen Strukturen und der Zivilgesellschaft zu fungieren. Hier sollen die möglichen Maßnahmen zur Prävention von Radikalisierung und Extremismus zusammenlaufen und konzeptionell bearbeitet werden. Fälle mit Sicherheitsrelevanz – in der Regel liegt eine Sicherheitsrelevanz vor, wenn die Polizei involviert ist – werden durch KODEX in Zusammenarbeit mit LKA und LfV an eine zivilgesellschaftliche Beratungseinrichtung vermittelt, die dann den Betroffenen bzw. deren Umfeld eine Beratung anbietet. Ziel der Beratung ist es, die Betroffenen aus dem Umfeld extremer Gedanken und Einflüsse zu lösen und eine Distanzierung von der Gewalt als Möglichkeit zur Durchsetzung selbstgesetzter Ziele zu erreichen. Medial spricht man hier gern von Deradikalisierung, Wissenschaftler und Berater meiden diesen Begriff allerdings zunehmend. Zutreffender wird von Ausstieg oder Distanzierung gesprochen. Für diese Aufgabe müssen die unterschiedlichen Akteure ihre Einflussmöglichkeiten bündeln

und eine gemeinsame Linie fahren, damit von Radikalisierung betroffene Menschen am Ende der Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele abschwören und ihren Weg zurück in die Gesellschaft finden.

Zusätzlich zur Koordinierungstätigkeit für die sogenannten polizeilichen Gefährder (in Bremen spricht man hier von einer niedrigen zweistelligen Zahl von Gefährdern) beschäftigt sich KODEX mit der wissenschaftlichen Begleitung und der Forschung im Bereich der Extremismen. Laut Senatsbeschluss wurde KODEX zunächst als Hauptaufgabe Islamismusprävention ins Stammbuch geschrieben, dieser Teil wurde dann nach den Anschlägen in Halle und Hanau auf den Rechtsextremismus erweitert. KODEX beschäftigt sich auch mit den sogenannten Delegitimierern (der Begriff Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates wurde durch den Verfassungsschutz definiert, gemeint sind u. a. Reichsbürger, Prepper, Querdenker etc.) und grundsätzlich allen Extremismusphänomenen.

In Anbetracht der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen ist die Gefährdung durch extremistische Ideologien nach wie vor hoch. Insbesondere der Rechtsextremismus bleibt eine der größten Bedrohungen, gefolgt von islamistischem Extremismus. Die Zahl der gewaltbereiten Extremisten wird auf etwa 13.000 geschätzt, wobei ein Anstieg der Zahl der sogenannten „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ zu verzeichnen ist. Auch aus diesem Grund hat KODEX die zentrale Aufgabe, präventive Maßnahmen gegen Radikalisierung und Extremismus zu entwickeln und umzusetzen. Zu den Hauptaufgaben gehören hier die Identifikation von Gefährdungen, die Beratung von Betroffenen, die Schulung von Fachkräften sowie die Sensibilisierung der Öffentlichkeit. Die Koordinierungsstelle arbeitet eng mit Schulen, sozialen Einrichtungen, der Polizei und anderen relevanten Institutionen zusammen, um frühzeitig auf Anzei-



chen von Radikalisierung zu reagieren und geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Das Arbeitsfeld bei der Koordinierungsstelle ist sehr umfassend, so werden auch Rückkehrer des sogenannten IS aus dem Krisengebiet Nordsyrien/Irak und deren Familien durch KODEX bei Ausstieg und Reintegration begleitet.

In den letzten Jahren haben mehrere Fälle und entsprechende Erkenntnisse und Berichte der Polizeien und der Nachrichtendienste gezeigt, dass bereits Minderjährige extremistische Ideologien verinnerlichen und zu Gewalttaten bereit sind. Diese Radikalisierung geschieht dabei zunehmend online. Extremistische Gruppen nutzen gezielt Social Media, Gaming-Plattformen und Messengerdienste zur Rekrutierung. Zudem setzen ausländische Mächte, insbesondere Russland, sowie Terrororganisationen bewusst Desinformation ein, um gesellschaftliche Spaltung und Unsicherheit zu fördern.

Insgesamt ist laut den Mitarbeitenden von KODEX eine bundesweit und auch in Bremen feststellbare Tendenz zu immer jüngeren Betroffenen von Radikalisierungen zu verzeichnen. So nehmen die Meldungen über 13- bis 15-jährige junge Menschen zu, die sich in der Schule oder im Freizeitumfeld bzw. in den sozialen Medien extremistisch äußern oder extremistische und rassistische Propaganda online posten bzw. teilen.

KODEX bietet sich an, bei Fragen zum Themenbereich Radikalisierung und Extremismus telefonisch, per E-Mail oder auch persönlich Kontakt aufzunehmen. Erste Einschätzungen zu möglichen Gefährdungslagen sowie mögliche Hintergründe von Radikalisierungsprozessen können dabei Inhalt des Kontakts sein. Sachverhalte werden oft auch zunächst anonymisiert vorgebracht, die Mitarbeitenden von KODEX vermitteln dann zur weiteren Einschätzung zum LKA oder bei weniger starker Radikalisierung werden die Fälle auch zu Beratungsträgern im Netzwerk ausgeliefert.

Die Aktualität der Themen, mit denen sich das Kompetenzzentrum beschäftigt, zeigt sich deshalb auch in der zunehmenden Vielfalt extremistischer Strömungen und der Notwendigkeit, auf neue Herausforderungen, wie die o. g. digitale Radikalisierung, zu reagieren. Onlineradikalisierungen nehmen gerade bei Jugendlichen in erschreckendem Maße zu. Hier sollte KODEX zufolge nicht unbedingt die regionale Bremer Lösung (in der direkten Präsenzberatung natürlich weiterhin, aber nicht online) im Vordergrund stehen – das Internet ist bekanntermaßen selten regional ausgerichtet. Gefragt sind hier regionalübergreifende Kooperationen mit anderen Bundesländern oder idealerweise mit dem Bund, die Onlineplattformen mit Beratungsmöglichkeiten anbieten und zudem Alternativnarrative zu extremistischen und demokratiefeindlichen Videos und Parolen entwickeln.

Durch die aufgeführten Prozesse und Maßnahmen trägt KODEX dazu bei, eine umfassende Strategie zur Bekämpfung von Extremismus in Deutschland zu entwickeln, die sowohl präventiv als auch reaktiv wirkt.

### Projektentwicklung bei KODEX

Initiativen, die den interkulturellen Dialog fördern und den Zusammenhalt in der Gesellschaft stärken, sollten nach Auffassung der Mitarbeiter von KODEX unterstützt werden, um extremistischen Tendenzen entgegenzuwirken. Als Beitrag dazu hat KODEX in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium des Inneren (BMI) Projekte aufgelegt, die Begegnungen z.B. zwischen Polizeibediensteten und Mitgliedern muslimischer Communitys im Rahmen gemeinsamer Freizeitaktivitäten fördern und so verschiedene berufs- bzw. kulturspezifische Perspektiven ermöglichen. Für sogenannte Begegnungsdialoge haben sich Mitglieder der JUNGEN GRUPPE der GdP beim Akquirieren von Teilnehmenden sehr erfolgreich und professionell

in das Projekt eingebracht. Erwähnt werden sollte, dass diese Projekte – aktuell läuft ein neues Forschungsprojekt mit internationaler Beteiligung unter Leitung von KODEX – ausnahmslos vom Bund finanziert wurden. KODEX hat auf diesem Weg für das Land Bremen kostenneutral Projekte im Gesamtwert von über 1.000.000 € nach Bremen geholt.

### Wer ist KODEX?

Zurzeit arbeiten hauptamtlich drei Mitarbeiter:innen bei KODEX. Als Professionen sind damit bei KODEX ein Politikwissenschaftler, eine Sozialwissenschaftlerin und ein Polizeibeamter vertreten. Dazu kommt aktuell eine Gesellschaftswissenschaftlerin für das erwähnte laufende Projekt.

### Einsparungen in der Extremismusprävention, zu diesem Zeitpunkt – was soll das denn?

Leider mussten wir bei der Recherche zu dem Bericht erfahren, dass das Haus SIS plant, das Personal bei KODEX um ca. 40 % zu reduzieren. Angesichts der bedrohlichen gesamtgesellschaftlichen Entwicklung und der weiterhin hohen Gefährdungslage in Deutschland ist diese Entscheidung für uns nicht nachvollziehbar, zumal bundesweit die Extremismusprävention momentan ausgebaut wird und für den Bereich der Islamismusprävention in 2024 wegen des hohen Bedarfes an Präventionsmaßnahmen ein extra Gesetz im Bundestag (IslPrävG) verabschiedet wurde. Wenn es zum Personalabbau bei KODEX kommt, werden viele der im Bericht beschriebenen Aufgaben nicht mehr oder nur noch ungenügend bearbeitet werden können.

**Die GdP Bremen wird auch hier weiter am Ball bleiben! ■**

**DP – Deutsche Polizei**  
Bremen

**Geschäftsstelle**  
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen  
Telefon (0421) 949585-0  
Telefax (0421) 949585-9  
www.gdp.de/bremen, bremen@gdp.de  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke

**Redaktion**  
Rüdiger Kloß (V.i.S.d.P.)  
c/o Gewerkschaft der Polizei  
Bgm.-Smidt-Straße 78,  
28195 Bremen



Fotos: GdP Bremen (3)

## Empfang zu Studienbeginn

Der Jahrgang 24/2 hat am 1. April 2025 das Studium bei der Polizei Bremen begonnen. Die GdP Bremen war wie bei jedem Studienstart frühmorgens vor Ort, um die neuen Studierenden gebührend zu begrüßen.

**Jan de Vries, Landesjugendvorsitzender**

Ein Teil des Jahrgangs wird in Oldenburg an der Polizeiakademie der Polizei Niedersachsen ausgebildet. Die Studiengruppe aus Oldenburg hat bereits Anfang März das Studium begonnen und wurde ebenfalls begrüßt.

Wir freuen uns, euch in drei Jahren als fertige Kolleginnen und Kollegen in unseren Reihen zu haben und wünschen ein erfolgreiches Studium mit viel Spaß und interessanten Inhalten! ■



Das Willkommensteam der GdP

## Schenkung, die vorweggenommene Erbfolge

Das Thema „Erben und Vererben“ stand schon vor einiger Zeit bei uns auf der Tagesordnung. Brauche ich wirklich ein Testament? – Das stand deshalb nicht im Vordergrund, sondern die Schenkung war nach Absprache mit Heinfried Keithahn der Schwerpunkt im Vortrag von Frau RAin Drews.

**Harry Kuck**

Wieder einmal war unser Treffen sehr gut besucht.

Frau RAin Drews war zusammen mit unserer Rechtsschutzsekretärin Frau Dr. Albrecht-Sautter bei unserer Veranstaltung am 13. März 2025 im Gollander Krug zu Gast.

Eine weitere Veranstaltung für alle aktiven Mitglieder der GdP mit Frau Drews fand am 24. März 2025 in der Geschäftsstelle statt (siehe Bericht in der März-Ausgabe DP).

Wer beispielsweise Eigentümer:in einer Immobilie ist, hat vielleicht schon einmal darüber nachgedacht, ob eine Überschreibung an die Kinder zu Lebzeiten sinnvoll ist.

Es hängt auch hier von zahlreichen Faktoren ab, ob es sich für Schenkende und Beschenkte auszahlt.

### Für Schenkungen gelten großzügige Freibeträge

Es gibt verschiedene Formen der Schenkungen. Regelungen dazu können sehr unterschiedlich sein. Allerdings sollten die getroffenen Vereinbarungen auch nicht zu kleinteilig sein.

**Mögliche Gründe für Schenkungen** können sein, eine größere Investition der Kinder zu unterstützen oder späteren Erb-

Rechtsanwältin  
Claudia Drews



Foto: RAin Claudia Drews

streitigkeiten vorzubeugen. Ob es nun eine Schenkung an die Kinder oder Enkelkinder ist, sollte schon vertraglich geregelt werden. Dieser Vertrag sollte auch eine Widerrufs Klausel beinhalten, denn es ist sicherlich nicht gänzlich ausgeschlossen, dass es einmal Zerwürfnisse geben kann.

Auch Nutzungsrechte, Wohnungsrecht und Wohnrecht sowie Nießbrauch sollten unbedingt geregelt werden.

Die anwesenden Kolleginnen und Kollegen waren an dem Vortrag sehr interessiert.

Wir bedanken uns bei Frau RAin Drews für die umfangreichen Informationen. ■